

Februar 2021

„Im Kontakt bleiben und Alternativen anbieten“ – Zur aktuellen Fachpraxis der Kinder- und Jugendhilfe in der Arbeit mit delinquenten jungen Menschen während der Corona-Pandemie. Eine Momentaufnahme

Bernd Holthusen, Sabrina Hoops, Diana Willems

Seit dem Frühjahr 2020 ist der gesellschaftliche Alltag geprägt von der weltweiten Ausbreitung des SARS-CoV-2 Virus. Dabei hat die Pandemie nicht nur die Lebenswelten der Menschen stark verändert, insbesondere auch die Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen, sondern den Arbeitsalltag der Handlungsfelder der Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention, allem voran auch in der Kinder- und Jugendhilfe. Doch darüber, wie die Fachpraxis der Kinder- und Jugendhilfe genau mit der Situation umgeht, ist bislang wenig bekannt.

Was man weiß, ist: Durch die Corona-Pandemie ist derzeit vieles nicht möglich und so manche Angebote der Jugendhilfe, wie z.B. Soziale Trainingskurse oder Arbeitsleistungen, können nicht wie üblich stattfinden. Die Frage, die sich stellt, ist damit: Welche Alternativen, welche anderen Handlungspraxen haben sich entwickelt und vielleicht sogar schon ein wenig bewährt?

Aus diesem Grund hat die DJI-Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention Ende 2020 einen offenen Aufruf im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gestartet. Im Fokus unseres Aufrufs standen Meldungen der Fachpraxis der Kinder- und Jugendhilfe über (neue) Ansätze im Bereich der Jugendhilfe im Strafverfahren und Ambulante sozialpädagogische Angebote sowie ihre Erfahrungen damit. Durch die Nutzung verschiedener Zugänge und mit Unterstützung einschlägiger Vereine und Mitgliedsorganisationen war intendiert, den Aufruf möglichst breit – z.B. über verschiedene Webseiten und Newsletter – in das Praxisfeld zu diffundieren und niedrigschwellig zu adressieren.

Die zentrale Frage lautete: „Welche Alternativen und kreativen Lösungen haben Sie entwickelt, die mit Blick auf Ihre Adressat*innen besonders gut geeignet sind?“ Dabei waren sowohl „kleinere“ Ideen im Umgang mit der Corona-Krise von Interesse, als auch neue Konzepte und Angebote. Dabei wendet sich die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention dem Thema „Corona“ bereits zum wiederholten Male zu: Die Arbeitsstelle beobachtet das Handlungsfeld der Kriminalitätsprävention im Kindes- und Jugendalter seit Beginn der Corona-Krise und recherchiert und dokumentiert Ansätze, über die in Medien und seitens der Fachpraxis berichtet wird (z.B. Schmoll i. E.; Interview

Hoops/Schmoll 2020). Mit Hilfe des breit gestreuten Aufrufs, sollte – so war es vorgesehen – diese Sammlung noch einmal erweitert und in die Fachpraxis rückgekoppelt werden.

Im Folgenden wird dazu ein erster Eindruck zusammengestellt:

Insgesamt sind mit nur 14 Rückmeldungen (Stand Mitte Februar 2021) deutlich weniger Meldungen eingegangen, als erwartet und – darauf lassen die Antworten schließen – auch seitens der Fachpraxis angenommen. Auch die Möglichkeit telefonischer Rückfragen zum Vorhaben wurde nur vereinzelt wahrgenommen. Die Rückmeldungen, die uns erreicht haben, geben somit nur einen vagen, nichtsdestoweniger dennoch aufschlussreichen Einblick ins Feld. Inhaltlich war seit dem Erscheinen des Aufrufs besonders auffallend, dass es vor allem Interesse daran gab, wie Kolleg*innen in anderen Dienststellen oder Trägern auf die Beeinträchtigungen ihrer Aufgaben aufgrund der Pandemie reagieren und was sie in Bezug auf Corona unternehmen. Mitunter gab es verzweifelte Nachfragen, da berichtet wurde, dass es zwar durchaus kreative Ideen gäbe, aber die konkrete Umsetzung vor Ort sich schwierig gestalte. Man scheitere z.B. an Bürokratie oder an der Nicht-Reaktion der Kommune (bei Ideen zu bspw. Reinigen des Freibads, Nachbarschaftshilfe). Vor allem vonseiten weniger gut ausgestatteter Jugendhilfen im Strafverfahren (JuHiS) oder Ein-Personen-JGHs wurden Probleme berichtet. Zudem gestalte sich die Umsetzung der aktuellen Änderungen im Jugendgerichtsgesetz (JGG) in Folge der EU-Richtlinien schwierig, da u. a. mancherorts der Austausch zu Polizei und Jugendgericht stark beeinträchtigt war und die frühzeitige Einbindung der JuHiS erschwerte. Allem voran – so scheint es – weisen die Rückmeldungen, die uns erreicht haben, vor allem auch auf die großen Herausforderungen und ungelösten Probleme hin, mit denen das Handlungsfeld aktuell konfrontiert ist. Auch der geringe Rücklauf könnte in diesem Sinne interpretiert werden.

Die Befunde im Überblick: Die Themen reichen von „Wie halten wir weiterhin Kontakt zu unseren Adressat*innen?“ über „Was machen wir mit Arbeitsstunden – welche Alternativen können wir hier anbieten?“ bis zu Online-Trainingskursen und Einzelbegleitungen. Vertreten waren darüber hinaus einzelne Berichte zur Aufrechterhaltung der eigenen Arbeitsfähigkeit in diesen schwierigen Zeiten für die Mitarbeiter*innen selbst, inklusive der Möglichkeit zum kollegialen Austausch über eigene Erfahrungen, aber auch über technische Möglichkeiten und alternative Methoden junge Menschen zu erreichen.

Und nun exemplarisch: Um den Kontakt, v. a. zu den jungen Menschen aufrechtzuerhalten bzw. neue Kontakte zu knüpfen, werden neue Wege gegangen: Neben dem klassischen Telefon (im Homeoffice ggf. das private Mobiltelefon, denn nicht überall stehen dienstliche Mobiltelefone zur Verfügung) kommen soziale Medien wie WhatsApp und diverse Online-Tools (Videokonferenzprogramme wie z.B. Zoom oder MS Teams) zum Einsatz. Auch werden Beratungen im öffentlichen Raum d.h. „draußen“ ermöglicht, bei

Spaziergängen und Treffen im Freien. Gerade diese weniger formalisierten Treffen werden – im Vergleich zum klassischen Bürosetting – sehr positiv bewertet und sollen, so die Rückmeldungen, auch nach Corona stärker genutzt werden, ebenso wie die Kontaktaufnahme über soziale Medien. Einschränkend wird zu bedenken gegeben, dass die Nutzung der neuen Kommunikationsformen abhängig ist von den jeweiligen Fallkonstellationen und den Bedarfen der jungen Menschen.

Um individuelle Belastungen und durch Corona bedingte Konflikt- und Stresssituationen in der Familie aufzufangen, haben mehrere Einrichtungen telefonische Hotlines eingerichtet oder kooperieren mit größeren Hotlines für Kinder und Jugendliche und bewerben diese aktiv. Daneben, so wurde vermeldet, wird kostenloses WLAN in den Räumlichkeiten einer Einrichtung für Homeschooling zur Verfügung gestellt. Dieses Angebot richte sich besonders an Jugendliche, die zuhause in sehr beengten Räumlichkeiten wohnen, z. B. in Flüchtlingsunterkünften. Auch werden vor Ort Treffen angeboten, um Struktur und Abwechslung durch regelmäßige Termine bei Schulschließungen anzubieten. Neben diesen Präsenzformaten gibt es Onlineformate, wie z.B. ein gemeinsames interaktives Homeschooling über Zoom und die pädagogische Begleitung dieses Angebots oder es werden kurze Videos gedreht und Spiel- und Backanleitungen online gestellt, als Anregungen für zuhause.

Da vielerorts die Einsatzstellen für Arbeitsstunden (als Weisungen oder Auflagen) ausgefallen sind, wurde nach Alternativen gesucht, damit die Jugendlichen Sanktionen erfüllen konnten. Nur selten wurde versucht, Einsatzstellen teils in Eigenregie aufzubauen, z.B. mit Stadtteilbezogenen Aufgaben. Häufig wurden als Alternative zu Arbeitsstunden Leseweisungen genutzt. So hat diese bereits bestehende Form eine Aufwertung erfahren. Zudem lässt sich die Weisung gut online begleiten. Das abschließende Gespräch nach einer Leseweisung, so die Rückmeldung, kann im Videoformat, per Telefon oder auch Face-to-Face unter Beachtung des Infektionsschutzes durchgeführt werden. Darüber hinaus kam als Sanktion verstärkt zum Einsatz, die Verpflichtung der Jugendlichen einen Aufsatz (Schreibaufgabe) zu einem bestimmten Thema zu verfassen (z. B. zu einem Delikt, aber auch über Jugendliteratur oder zu Videos auf Youtube oder einen Brief schreiben). Dies kann, so die Erfahrung, für die Jugendlichen teils sehr herausfordernd sein und sollte deshalb gegebenenfalls intensiv begleitet werden. Als weitere Alternative zu Arbeitsstunden, die die Jugendlichen zuhause ableisten können, wurde ein Art Übungsbuch genannt, das die Jugendlichen durcharbeiten. Eine besonders medienaffine Alternative ist eine onlinebasierte Challenge, in der die Adressat*innen täglich über 14 Tage relevante Themen im Rahmen der Challenge abarbeiten. Teils wurden auch Arbeitsstunden in (themenbezogene) Gesprächsweisungen umgewandelt, um themenbezogen über Probleme der jungen Menschen zu sprechen (z.B. über die Straftat selbst, deren Hintergründe oder zur Klärung von sozialen Beziehungen). U.a. bei Verstößen gegen den Infektionsschutz gab es eine Gesprächsweisung zu Gesundheitsthemen. Im Gegensatz zu Arbeitsleistungen konnten Gesprächsweisungen vergleichsweise gut „digitalisiert“ werden,

indem verschiedene Online-Möglichkeiten oder andere Settings genutzt wurden. Des Weiteren wurde das Themenspektrum erweitert.

Als einzelnes Beispiel werden Spaziergänge zu Stolpersteinen (zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus) bei Jugendstraftaten mit einem rechtsextremen Bezug genannt.

In Bezug auf Heranwachsende wurde verschiedentlich berichtet, dass die Staatsanwaltschaften verstärkt Strafbefehle mit Geldstrafen genutzt haben. Hier wird aber zu bedenken gegeben, dass Heranwachsende diese nicht immer mit ihren eigenen Mitteln begleichen können. Gleiches gilt auch für Bußgelder als Folge einer Ordnungswidrigkeit.

Eine besondere Herausforderung stellen, wie erwartet, Gruppenangebote wie Soziale Trainingskurse und Anti-Aggression-Trainings (AATs) dar, die aktuell in der herkömmlichen Form aufgrund des Infektionsschutzes nicht stattfinden können. Als Alternativen wurden teils die Teilnehmendenzahlen reduziert oder sehr große Räume gesucht. Andernorts wurden aus Gruppenterminen Einzelgespräche. Als weitere Möglichkeit wurden die Angebote konzeptionell angepasst, digitalisiert und online durchgeführt. Diesbezüglich waren die Erfahrungen uneinheitlich und auch konträr: Die digitalisierten Angebote wurden sowohl als erfolgreich oder als auch weniger erfolgreich bewertet.

Ein Zwischenfazit:

Der Aufruf hat zwar großes Interesse an der Arbeit anderer aufgezeigt, jedoch haben wir (bislang) nur eine kleine Anzahl von Rückmeldungen erhalten. Neben den Herausforderungen und Problemen, mit denen die Fachpraxis mutmaßlich konfrontiert und aktuell stark beschäftigt ist, geben diese Rückmeldungen exemplarisch einen guten ersten Eindruck über die vielen Bemühungen, Ideen und Suchbewegungen nach alternativen Ansätzen, die die Fachpraxis seit Beginn der Pandemie begleiten.

Neben allen Belastungen durch den SARS-CoV-2 Virus, hat sich das Feld der Ambulanten sozialpädagogischen Angebote als sehr flexibel und innovativ erwiesen. Vielerorts ist ein regelrechter Digitalisierungsschub und Ausbau der Medienkompetenz zu verzeichnen. Gleichwohl kann an dieser Stelle nicht übersehen werden, dass es hier offenbar sehr große (regionale) Unterschiede gibt. Teils mangelt es schlicht an der technischen Ausstattung, teils können Datenschutzvorschriften nicht angemessen realisiert werden. Nicht selten zeigen sich hier Freie Träger gegenüber den öffentlichen Trägern offener gegenüber Innovationen. Nicht vergessen werden darf bei aller Digitalisierungseuphorie die Seite der Adressat*innen, denn auch wenn die meisten Jugendlichen inzwischen über ein eigenes Smartphone verfügen (vgl. MPFS 2020), so sind dennoch nicht alle Jugendlichen digital affin und mit eigenen Laptops ausgestattet (vgl. ebd.). Zudem fehlen zuhause evtl. private Rückzugsmöglichkeiten, um eine vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre herzustellen. Digitale Angebote können die Angebotspalette ausdifferenzieren und erweitern, aber – so legen die Rückmeldungen nahe – keinesfalls sollten sie die bewährten

analogen Angebote ersetzen. Des Weiteren hat sich herausgestellt, dass digitale Formate für neue Kooperationsformen zwischen Jugendhilfe und Justiz genutzt werden.

Was die Bewältigung der Corona-Pandemie bislang gezeigt hat: Es gibt gute pädagogische Alternativen zu Arbeitsstunden, die auch zukünftig genutzt werden sollten. Vor diesem Hintergrund sollten auch die zwischenzeitlich in den Hintergrund getretenen Fachdiskussionen um die Umsetzung der neuen Regelungen im Jugendgerichtsgesetz und in der Strafprozessordnung in Folge der EU-Richtlinien mit neuem Schwung wieder aufgenommen werden.

Die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention wird die Fachdiskurse weiter begleiten und Praxiserfahrungen sammeln. In diesem Sinne freuen wir uns über weitere Rückmeldungen zu interessanten, innovativen, weiterentwickelten Konzepten und den damit gewonnenen Erfahrungen.

Literatur

Schmoll, Annemarie (i.E.): Jugend(hilfe) im Strafverfahren während der Covid-19-Pandemie. Zwischen Krisenbewältigung und neuen Wegen.

Hoops, Sabrina/Schmoll, Annemarie (2020): Zwischen Krisenbewältigung und neuen Wegen. Eine Momentaufnahme. Interview zur aktuellen Praxis der Jugendhilfen im Strafverfahren in der Corona-Pandemie. https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/jugendkriminalitaet/Interview_JuHis_Corona_SH_AS_20-12-08.pdf (23.02.2021)

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (MPFS) (Hrsg.) (2020): JIM-Studie 2020: Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19jähriger. https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2020/JIM-Studie-2020_Web_final.pdf (23.02.2021)

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention / Februar 2021